



Höchste Aufmerksamkeit und größte Skepsis

In gemeinsamer Erklärung fordern die LINKE-Fraktionen Stopp der TTIP-Verhandlungen

Die Fraktionen der LINKEN im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament fordern den Stopp der gegenwärtigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Zugleich wollen sie verhindern, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das die Blaupause für das TTIP ist, ratifiziert wird. In einer gemeinsamen Erklärung vom 25. April heißt es weiter:

Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sind entgegen den Forderungen des Europäischen Parlaments nach maximaler Transparenz von beiden Verhandlungsparteien als geheim eingestuft worden, um - wie es heißt - „den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden“. Die praktischen Folgen bisheriger Freihandelsabkommen veranlassen zivilgesellschaftliche und andere Akteure in aller Welt, darunter auch die deutsche LINKE, zu höchster Aufmerksamkeit und größter Skepsis.

Politik würde sich in zentralen Feldern selbst entmachten

Die Gefahr ist groß, dass das TTIP weitreichende und irreversible Folgen für die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Bundesländer (Regionen) und die Kommunen haben wird: nicht nur für das Wettbewerbs- und Unternehmensrecht in der EU, sondern vor allem auch für Bereiche wie das Sozial- und Arbeitsrecht, den Verbraucherschutz oder den Schutz von Natur und Umwelt.

Die gegenseitige Anerkennung bestehender Regeln und die Angleichung künftiger Gesetzgebung ohne klare Festlegung, wie die unterschiedlichen, oftmals nicht kompatiblen Regelsetzungen der EU und der USA unter Einhaltung demokratischer Festlegungs- und Kontrollmöglichkeiten denn umgesetzt werden sollen, birgt erhebliche Risiken. Sie stellt eine Gefahr für das in der EU bisher erreichte Schutzniveau in vielen für die Bürgerinnen und Bürger bedeutsamen Bereichen dar.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die Schaffung eines übergeordneten ständigen Rates für die Regulatorische Kooperation (Regulatory Cooperation Council) vorsieht. In Europa gilt das Prinzip, dass derjenige, der ein Produkt zulassen will, nachweisen muss, dass es für Verbraucher unschädlich ist. In

den USA ist es anders herum - da müssen Verbraucher nachweisen, dass ein Produkt schädlich ist. Die EU-Kommission will das bisher in der EU gültige Prinzip mit dem TTIP aufgeben. Die Politik würde sich damit in zentralen Politikfeldern der Normen- und Standardsetzung selbst entmachten und die Verbraucherinnen und Verbraucher erheblichen Risiken aussetzen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die Entscheidungs-, Organisations- und Selbstverwaltungshoheit der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, von Ländern (Regionen) und Kommunen, wie sie durch das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union gesichert ist, direkt oder indirekt einschränkt.

Die Parlamente und Selbstverwaltungskörperschaften müssen ihre Rechte im Rahmen der Rechtsordnung des jeweiligen Mitgliedstaates auch in Zukunft wahrnehmen können. Wir unterstützen die Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände, darunter des Städte- und Gemeindebundes



Brandenburg, zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und weiterer öffentlicher Dienstleistungen und zur Sicherung ihrer Rechte im öffentlichen Beschaffungswesen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, in dem private Investoren einen Mitgliedstaat bei Gewinneinbußen auf Schadenersatz verklagen können, und zwar nicht vor ordentlichen Gerichten, sondern vor privaten Schiedsgerichten; die Verhandlungen vor diesen Gerichten sollen nicht öffentlich erfolgen und die Beschlüsse nicht anfechtbar sein. Die Rechtsprechung wird somit privatisiert, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden für die Gewinne der Investoren in Haftung genommen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die in der EU geltenden Standards im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts, des Verbraucher-, Natur- und Umweltschutzes, des Schutzes persönlicher Daten sowie des Wettbewerbs- und Unternehmensrechts zur Disposition stellt und ggf. preisgibt. Wir bestehen auf der Einhaltung der „acquis communautaire“ (Gemeinsamer Besitzstand)

der EU, z. B. für die Produktsicherheit, den Umweltschutz, den Gesundheits- und Tierschutz als auch von internationalen Verpflichtungen, wie zum Beispiel der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Wir lehnen ein Abkommen ab, das den besonderen Charakter von Gütern und Leistungen im Kulturbereich missachtet.

Die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien müssen aus dem Abkommen ausgeschlossen bleiben. Kultur darf nicht zu einer reinen Handelsware werden, die allein den Gesetzen des Marktes unterliegt. Das betrifft auch alle grundsicherungspflichtigen Leistungen im Gesundheitswesen sowie im Bildungsbereich.

Vollständige und rückhaltlose Information der Öffentlichkeit

Wir lehnen ein Abkommen ab, bei dem nicht in allen Verhandlungsschnitten die vollständige und rückhaltlose Information der Öffentlichkeit hergestellt und gesichert ist. Die gegenwärtig praktizierte Beschränkung der Information von Abgeordneten auf die dienstliche Verwendung nehmen wir nicht hin. Die EU muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger sich ihre/seine Meinung über das Abkommen eigenständig bilden kann. Die bei der EU-Kommission eingerichtete Beratergruppe muss verbindlich vor jeder Verhandlungsrunde in die Erarbeitung der Verhandlungspapiere eingebunden werden. Die Mitglieder müssen Rückkopplungsmöglichkeiten in ihre eigenen Strukturen haben und berechtigt sein, Transparenz zu den erörterten Fragestellungen herstellen zu können.

Die Fraktionen der LINKEN im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament werden gemeinsam alle ihnen parlamentarisch und außerparlamentarisch zur Verfügung stehenden Rechte und Möglichkeiten nutzen, um ihre politischen Forderungen zu den Verhandlungen über das TTIP durchzusetzen. Wir werden uns mit den Kritikerinnen und Kritikern in Deutschland, in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik, in der EU und den USA vernetzen, austauschen und gemeinsam politisch agieren.

Der Erklärung sind ausführliche Erläuterungen zum Hintergrund des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen beigefügt. Siehe auch Internetseite der Linksfraktion im Thüringer Landtag: www.die-linke-thl.de

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Offenbarungseid

Ich habe die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer bundespolitischen Aktivitäten einen Gesetzesvorstoß der Bundesregierung zurückzuweisen, nach dem Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina zu sicheren Drittstaaten erklärt werden sollen. Die existenziell bedrohliche Lebenssituation der Roma in diesen Ländern kann man nicht per Gesetz in Deutschland beseitigen.

Es ist zynisch und eine Missachtung der unfreiwilligen Entscheidung tausender Roma, vor entwürdigenden und insbesondere in den Wintermonaten lebensbedrohlichen Lebensbedingungen zu fliehen, wenn die Bundesregierung einem Fünftel der im Jahr 2013 nach Deutschland geflohenen Menschen per Beschluss die Legitimation zur Flucht absprechen will. Angesichts einer um mehr als 20 Jahre geringeren Lebenserwartung für Roma-Frauen in Serbien ein zutiefst inhumaner Akt, der zudem die aktuelle Rechtsprechung missachtet und zu unterlaufen versucht.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, das zwei Roma aus Serbien als Flüchtlinge anerkannt hat. Es machte deutlich, dass Roma dort extrem benachteiligt werden und gezwungen sind, am Rande der Gesellschaft zu leben. So bietet Serbien den Roma keinen hinreichenden Schutz gegen die häufiger werdenden Übergriffe von Dritten. Als ausschlaggebend bezeichnete das Gericht die Beschränkung der Freizügigkeit und Menschenrechte der Roma in Serbien. Daher liege eine Verfolgungshandlung vor.

Es ist bezeichnend, wenn die Bundesregierung versucht, Flüchtlinge aus der Bundesrepublik fernzuhalten oder so schnell wie nur irgend möglich wieder abschieben, das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums für Flüchtlinge aus dem Jahr 2012 aber bis heute nicht gesetzlich umgesetzt wird.

Und es ist ein Offenbarungseid, wenn angesichts der neuerlichen Hetze gegen Roma und der rassistischen „Das Boot ist voll“-Plakate der NPD diese Bundesregierung nichts anderes zu tun hat, als gesetzlich umzusetzen, was die neonazistische Partei rassistisch motiviert und angetrieben vom Hass gegenüber Nicht-Deutschen auf Plakaten im Europawahlkampf propagiert.

KURZ UND PRÄGNANT

Die Hochschulen vernünftig finanzieren

Die Einigung von Thüringer Finanz- und Wissenschaftsministerium zur Hochschulfinanzierung bezeichnete MdL Susanne Hennig-Wellsow als „faulen Kompromiss“. Schließlich seien die bisher geforderten vier Prozent Mittelzuwachs bereits das Minimum gewesen. Die Ein-Prozent-Steigerung fange schon allein die zehnprozentigen Mehrkosten der Hochschulen nicht auf. „Die Landesregierung muss Planungssicherheit schaffen und darf nicht weitere Personalstellen gefährden. Noch immer gibt es keine Hochschulentwicklungsplanung. Wie kann man eine Finanzierung festlegen, wenn noch nicht mal die Entwicklungsschwerpunkte bestimmt sind“, so die LINKE-Politikerin. Sie verwies auf die Zahlen der GEW zur Unterfinanzierung der Hochschulen und forderte die Landesregierung auf, „schlechte Beruhigungsversuche vor der Wahl auf Kosten der Beschäftigten und zulaufen von Forschung und Lehre zu unterlassen. Sie gefährden die soziale und demokratische Hochschule und führen zu noch mehr prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Universitäten und Fachhochschulen.“

Zalando: „Nicht nur reden, handeln!“

Sozialministerin Taubert kündigte an, sich für einen Runden Tisch einzusetzen, der die Gespräche zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Bereich des Onlinehandels wieder ins Rollen bringen soll. Dazu MdL Ina Leukefeld: „Endlich will die Landesregierung die verfahrenere Situation bei Zalando und Co. auf die Tagesordnung setzen. Bloßes Reden reicht aber nicht, vielmehr braucht es überprüfbare Fortschritte für die Beschäftigten.“ Ina Leukefeld und Karola Stange hatten bereits das Problem der Befristungen ange-mahnt. „Wer effektive und arbeitnehmerfreundliche Strukturen will, braucht einen Betriebsrat“. Zwei Jahre Dauerbefristung als Standardlösung - das ist nicht nachvollziehbar. Hier muss der erste Ansatz der Gespräche erfolgen, neben den Selbstverständlichkeiten, wie sie der Arbeits- und Gesundheitsschutz vorschreibt. In der neuen Legislatur müssen wir zudem die Debatte über eine andere Förderkultur fortführen: Standards Guter Arbeit müssen in den Fokus rücken, gerade bei Großansiedlungen. Hier kann Frau Ministerin Taubert darauf vertrauen, dass DIE LINKE im Kampf um vernünftige Rahmenbedingungen an ihrer Seite stehen wird“, stellte die Arbeitsmarktpolitikerin fest.

Saale-Kaskade in öffentliches Eigentum

Hochwasserschutz, Freizeitnutzung, Energieproduktion und -versorgung, Tourismusregion

Eine Überführung der Thüringer Saale-Kaskade in öffentliches Eigentum, hatte Bodo Ramelow in einem Interview mit der Ostthüringer Zeitung am 22. April vorgeschlagen. Der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat der LINKEN zu den Landtagswahlen kündigte an, er wolle sich im Falle eines Wahlsiegs für einen Kauf der Bleiloch- und Hohenwarte-Talsperre vom Energiekonzern Vattenfall und eine Wandlung zum Zweckverband einsetzen.

Indem die Saale-Kaskade besser als Energiespeicher genutzt werde, „können wir die Stromversorgung aus der Region heraus optimieren und überdies die Saaleregion als Premiumangebot im Tourismus platzieren“, argumentierte Bodo Ramelow. Der LINKE Politiker hatte betont, dass er dabei eine enge Abstimmung zwischen Hochwasserschutz, Energieerzeugung und deren Speicherung, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Tourismus für notwendig halte.

Diese Zielprojektion sei derzeit jedoch empfindlich gestört. Das zeige sich beispielhaft in den Auseinandersetzungen um abzureißende Bungalows sowie die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen der Campingplätze. „Der zuständige Minister Jürgen Reinholz hätte sich seit Jahren engagieren können und müssen, um dieses schädliche Treiben an den Saale-Kaskaden zu beenden“, kritisierte Bodo Ramelow. Immerhin sei das Thema mehrfach im Landtag behandelt worden.

Sein Vorschlag hatte eine heftige öf-

fentliche Debatte ausgelöst, was Bodo Ramelow ausdrücklich begrüßte. Allerdings seien hysterische Untertöne bei einigen Beteiligten offenbar entweder deren Unkenntnis geschuldet oder einfach nur Wahlkampfpoilemik.

Die Idee wurde zwar von einigen Landespolitikern in einer ersten Reaktion abgelehnt, der Landrat von Saalfeld-Rudolstadt, Hartmut Holzhey, hatte sie hingegen begrüßt. Die Ablehnung reichte

mal, dass es sich bei der deutschen Vattenfall GmbH um ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Vattenfall AB handelt, die komplett dem schwedischen Staat gehört. Es gehe bei der Debatte nicht um den von der FDP wie den sprichwörtlichen Teufel an die Wand gemalten „VEB Talsperren“. Offenbar kenne die FDP die Charakteristik von kommunalem Eigentum nicht. Dass sie sich dann aber noch vehement für einen



Mit ihren 215 Millionen Kubimetern Stauinhalt ist die Bleilochtalsperre, die im oberen Saalelauf zusammen mit anderen Talsperren betrieben wird, die größte Talsperre in Deutschland.
Foto: A. Rudolph

dabei bis zur albernen Tirade der FDP-Landtagsfraktion, sie wolle „keinen VEB Talsperren“. Dabei argumentierte die FDP weiter, sie setze sich stattdessen für kleine und mittlere Betriebe (KMU) ein - denn die selbst ernannte Wirtschaftspartei weiß offenbar nicht ein-

schwedischen Staatskonzern einsetze, sei eine „wirklich absonderliche Wahlkampfysterie“, betonte Bodo Ramelow.

Weitere Infos: http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/p_t/thueringer_meer/

Drohende Fehlinvestitionen in Abwasseranlagen

Ein Gutachten, das der Wasser- und Abwasserverband Hildburghausen (WAVH) zu Phosphatgehalten in Schleuse und Bergsee Ratscher in Auftrag gegeben hatte, belegt das Fehlen sachlicher Gründe für verschärfte Anforderungen an die Abwasserbehandlung in der betroffenen Region.

Zu den aus dem Gutachten resultierenden Konsequenzen für künftige Anforderungen an die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum in Thüringen hatten sich Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Steffen Harzer, ehemaliger Vorsitzender des Hildburghäuser Wasser- und Abwasserverbandes, bei einem Pressegespräch am 30. April geäußert.

Das Gutachten belege, dass die vom Land festgestellten hohen Phosphatbelastungen „zufällig und witterungsabhängig“ seien, „aber nichts mit dem kommunalen Abwasser zu tun“ haben, betonte Tilo Kummer. Er verwies auf das formulierte Fazit, in dem es heißt:

„Für eine Verschärfung der P-Überwachungswerte für private und kommunale Kläranlagen im Einzugsgebiet des Hochwasserrückhaltebeckens Ratscher wird kein sachlicher Grund gesehen. Sehr wahrscheinliche Konsequenzen im Falle einer Verschärfung der Überwachungswerte sind wasserwirtschaftliche Fehlinvestitionen Investitionen mit zufälligem Nutzen widersprechen dem Effizienz- und Spar-samkeitsprinzip.“

Steffen Harzer warnte ebenfalls vor „nicht notwendigen erheblichen Kosten in die Investition und Betreibung von Kläranlagen“. Für den Zweckverband Hildburghausen gehe es um eine Summe von insgesamt 20 Millionen Euro. Er forderte landesweit eine Überprüfung von offenbar fehlerhaft erhobenen Daten und verwies auch auf den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. Vom Land habe es bisher noch keine Reaktion auf das bereits im März öffentlich vorgestellte Gutachten gegeben.

Mit Blick auf die für eine Phosphat-fällung notwendige Aufrüstung auch von vollbiologischen Kleinkläranlagen sowie die Tatsache, dass es kaum noch Landesfördermittel für Investitionen zur Abwasserbehandlung im ländlichen Raum gibt, müssten letztlich die Bürgerinnen und Bürger die erhöhten Kosten tragen, Fehlinvestitionen „über höhere Beträge und Gebühren refinanzieren“.

Tilo Kummer kündigte an, dass das Gutachten dem Umweltausschuss (dessen Vorsitzender er ist) zur Verfügung gestellt wird und die Landesregierung dazu Stellung nehmen soll.

„Wir werden eine Überprüfung der erhobenen Phosphatwerte fordern.“ Dies müsse zur Änderung der Abwasserbeseitigungskonzepte führen, entsprechend schon ergangene Bescheide müssten ausgesetzt werden. Es dürfe zu „keinen weiteren Belastungen für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger kommen“, unterstrich der LINKE Landtagsabgeordnete.

„Zeigen Sie Rückgrat, stimmen Sie zu!“

Aus dem Plenarprotokoll der Debatte zum Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz

Am 9. April hat die Landtagsmehrheit die Gesetzentwürfe der Linksfraktion und der Grünen für ein Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz abgelehnt. Die LINKE hat dabei einen bereits öffentlich diskutierten Gesetzentwurf aus dem Bildungsministerium aufgegriffen. Im Folgenden Auszüge aus der Plenardebatte:

Volker Emde, CDU:

Am Ende mit den zuletzt vorgelegten Entwürfen gibt es kein Einvernehmen mit der Wirtschaft. Wir haben daher festgestellt, dass wir nicht zu diesem Ziel kommen und keinen gemeinsamen Gesetzesvorschlag unterbreiten.

Susanne Hennig, DIE LINKE:

Herr Minister Matschie hat heute in der Presse die Absage an eine Zustimmung zu seinem Gesetzentwurf damit begründet, dass Politik verlässlich sein müsse. Ist es verlässlich, sich an einen Partner sklavisch zu binden, der zu Regeldes aussetzt? Oder ist es verlässlich, Verantwortung zu übernehmen? Die Frage beantwortet sich selbst.

Wenn Sie zum Koalitionsvertrag stehen wollen und zu den Zusagen, die Sie den Menschen in Thüringen gemacht haben, dann stimmen Sie heute mit der Linken gemeinsam Ihrem eigenen Gesetzentwurf zu.

Die Treue zum Koalitionsvertrag und zu Ihren Versprechen den Menschen gegenüber kann doch nicht weniger wiegen als die Treue zu einem Koalitionspartner, der sich weder an den Koalitionsvertrag hält, noch an die vollmundige Verkündung der Ministerpräsidentin, dass das Bildungsfreistellungsgesetz in einem Chefgespräch geklärt wird und entsprechend eingebracht wird. Wenn Sie Verlässlichkeit von Politik demonstrieren wollen, haben Sie heute nur eine Wahl. Zeigen Sie Rückgrat, und stimmen Sie dem Bildungsfreistellungsgesetz aus Ihrem

Haus zu. Ich bitte Sie um die Zustimmung zum Gesetzentwurf, den die Linke eingebracht hat.

Hans-Jürgen Döring, SPD:

Wir halten fest an unserem Ziel, ein Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg zu bringen. Der Minister hat in vielen Gesprächsrunden sich intensiv bemüht, so ein Gesetz auf den Weg zu bringen. Es ist jetzt noch nicht gelungen, aber ich sage ganz eindeutig, wir werden weiter mit den Gewerkschaften abgestimmt und auch die Unternehmerinteressen berücksichtigende Vorstellungen hier in das Parlament einbringen und gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir die Weichen für ein Bildungsfreistellungsgesetz stellen, und wenn nicht in der jetzigen Konstellation, dann eben in einer anderen. Das will ich auch hier klar sagen. Die Union kann sich jedenfalls gewiss sein, dass ihr jetziges Verhalten nicht nur in Sachen Bildungsfreistellung für uns von Bedeutung sein wird, wenn wir im Herbst über die Regierungsbildung mit entscheiden sollten.

Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Was jedenfalls deutlich wurde, ist, dass selbst so ein überschaubares Reformvorhaben, wie ein Bildungsfreistellungsgesetz, vonseiten der CDU bis heute infrage gestellt wird und dies dazu führt, dass, obgleich wir einen SPD-Bildungsminister haben, die Koalition sich der CDU unterwirft. Man könnte es auch so sagen, dass CDU und SPD in Sachen Bildungspolitik einfach nicht zusammenpassen, aber vielleicht adle ich da sogar die SPD zu sehr. Ich weiß nicht, ich jedenfalls kann das Rückgrat schlichtweg nicht erkennen, das muss ich ganz deutlich sagen, tatsächlich einmal für eine Sache zu streiten, die Ihnen von der SPD auch so am Herzen liegt, wie Sie es dargestellt haben. Bei

Hans-Jürgen Döring weiß ich, dass er seit 22 Jahren - nachlesbar - in diesem Parlament für dieses Ziel gestritten hat. Die Leidtragenden dieser Scheinehe, wenn ich es so nennen darf, aus CDU und SPD sind einmal mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat, die bis heute keinen Anspruch auf bezahlte Freistellung zu Weiterbildungszwecken haben.

Christoph Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Wir haben in der Bildungspolitik in diesem Parlament Sternstunden erlebt. Ich denke nur an die gemeinsame Verabschiedung des Kita-Gesetzes. Aber wir erleben auch schwierige Debatten und schwierige Stunden. Der heutige Tag ist sicher keine Sternstunde der Bildungspolitik.

Ich habe vor fast zwei Jahren einen Gesetzentwurf in die Ressortabstimmung gegeben und trotzdem steht die Landesregierung heute ohne ein Ergebnis da, das diesem Parlament vorgelegt werden kann. Das liegt nicht an der SPD, das will ich noch mal deutlich sagen. Wir haben hier viele Schritte miteinander besprochen, den Gesetzentwurf immer wieder angepasst, aber am Ende fehlte dem Koalitionspartner der Mut, das Herz über die Hürde zu werfen und ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.

Es gibt Regeln in einer Regierungszusammenarbeit und ich gehöre zu denjenigen, die sich an solche Regeln halten, weil ich weiß, dass sonst Regierungen gar nicht funktionieren können. Deshalb gibt es heute keine Zustimmung zu den Gesetzentwürfen der Opposition. Ich bin aber sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen verstanden haben, an wem es hängt, dass wir immer noch kein Bildungsfreistellungsgesetz bekommen, und sie werden sicher Mitte September, wenn sie ihr Kreuz machen, auch darüber nachdenken.

VON A BIS Z:

Kaligrube Roßleben

Die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke (GVV) hatte jetzt die Einstellungen der Verkaufsverhandlungen zur Kaligrube Roßleben bekannt gegeben. Als Begründung diente der angespannte Kaliweltmarkt, der keine realistische Chance für eine wirtschaftliche Nutzung der Grube bieten würde. „Es entsteht der Eindruck, das Wettbewerbsverbot des Kalifusionsvertrages von 1993 zu Gunsten von Kali+Salz würde immer noch fortbestehen, obwohl es die EU-Kommission damals schon kippte!“, kritisierte der LINKE-Umweltpolitiker Tilo Kummer. Das Florett-Konsortium, welches neben K+S ein Angebot für Roßleben unterbreitete, habe einen unterschriftsreifen Vertragsentwurf mit der GVV verhandelt und trotz der Marktsituation weiterhin Interesse an der Kaligrube.

„Nach dem Rückzug von K+S als Bieter jetzt die Verhandlungen mit Scheinargumenten einzustellen, ist ein Skandal. Schließlich werden weltweit in der gleichen angespannten Marktsituation neue Kalilagerstätten erschlossen, unter anderem auch von K+S in Nordamerika.“ Es entstehe der Eindruck, dass keine Konkurrenz für den Weltmarktführer im eigenen Land zugelassen werden soll. Außerdem wäre es für K+S wohl auch sehr ungünstig, wenn in Thüringen während der aktuellen Diskussion um die Kaliabwasserbelastung der Werra ein abwasser- und haldenfreies Kaliwerk entstünde, wie von Florett zugesagt. Tilo Kummer forderte die Zurücknahme des Beschlusses von der GVV. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode sind für die Zeit vom 21. bis 23. Mai, vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli anberaumt.

Tag der offenen Tür:

In diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der Offenen Tür ein, der am Samstag, den 21. Juni, stattfindet. Die Linksfraktion wird mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei sein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:

www.die-linke-thl.de

Rentenpaket

Am 5. Mai fand im Bundestag durch den Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Expertenanhörung zum umstrittenen Rentenpaket der Bundesregierung (Mütterrente und Rente mit 63) statt. Nach monatelangen CDU-Warnungen vor abschlagsfreien Frühverrentungen nach 45 Versicherungsjahren stellt die SPD die Mütterrente aus Beitragsmitteln wieder infrage, diese sei dreimal so teuer wie die Reform zur Rente ab 63. Der Bundesvorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, hatte im Vorfeld kritisiert: „Der Generationenvertrag wird sturmreif geschossen, wenn die Jüngeren für eine Leistung zahlen sollen, die ihnen selbst vorenthalten wird.“ Die Beitragsfinanzierung sei „himmelschreiend ungerecht“. ■

Hebammen

Selbst nach Ansicht des Bundesgesundheitsministers gibt es noch keine tragfähige Lösung gegen den stetigen Anstieg der Haftpflichtversicherungsprämien bei den Hebammen. „Diese kann nicht durch eine Begrenzung der Schadenssummen erfolgen. Auch können die Kosten nicht allein auf die Krankenversicherten verlagert werden, um private Versicherungskonzerne zu entlasten“, so MdL Karola Stange. Ein Sicherstellungszuschlag, der zunächst helfe, das drohende Aus für Hebammen zu verhindern, sei allerdings zu begrüßen. „Gerade im ländlichen Raum betreuen sie oft weniger Frauen, sind hier aber für die Sicherstellung der flächendeckenden Geburtshilfe von zentraler Bedeutung.“ ■

Armut

Wie der letzte Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belegt, hat Thüringen eine Armutsgefährdungsquote von 17 Prozent. MdL Matthias Bärwolff verweist auf die Verantwortung der Landesregierung: „Eine jahrzehntelange Niedriglohnstrategie hat ebenso zur Verfestigung der Armut geführt wie die fortgesetzte Unterfinanzierung der Thüringer Kommunen. Vielfach können so genannte freiwillige Leistungen, die vor allem Maßnahmen zur sozialen Teilhabe darstellen, schon lange nicht mehr erbracht werden.“ Der LINKE-Politiker begrüßt die angekündigten 20 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Armutsreduzierung, weist jedoch auch auf die Mängel hin. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Durch Privatisierung hoheitlicher Aufgaben gehen Arbeitnehmerrechte verloren

Während die Betriebsratswahlen auf Hochtouren laufen und das Engagement vieler, sich für Mitarbeiterinteressen einzusetzen, nicht hoch genug gewürdigt werden kann, sind einzelne von den Wahlen ausgeschlossen.

„Es ist nicht akzeptabel, dass nicht alle Angestellten dieselben Rechte haben und einzelne sogar daran gehindert werden, für eine Mitarbeitervertretung zu kandidieren. Das ist ein gravierender Eingriff in Arbeitnehmerrechte“, hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, am 2. Mai erklärt. Bei der Diakonie dürfen sich nur solche Kollegen zur Wahl stellen, die Mitglied einer christlichen Kirche sind.

Betroffen ist der LINKE-Stadtrat Uwe Schenke

Es wäre „ein Ünding, wenn Nichtchristen bei der Diakonie weniger Rechte haben“, so Bodo Ramelow weiter. Betroffen von dieser Regelung ist der LINKE-Stadtrat aus Eisenach, Uwe Schenke, angestellt im Ökumenischen Hainichklinikum in Mühlhausen. Der konfessionslose Ergotherapeut ist seit vielen Jahren Mitglied von Betriebsräten und Mitarbeitervertretungen. Er ist auch Mitglied der Gewerkschaft verdi. Durch die Neuregelung des kirchlichen Trägers wird er seit 1. Mai an der Ausübung seines passiven Wahlrechts gehindert.

Der Maßregelvollzug in Pfaffero- de ging vor Jahren aus öffentlicher Hand an den kirchlichen Träger über. Hier liegt ein besonderer Konflikt vor, schließlich handelt es sich beim Maßregelvollzug um eine hoheitliche Aufgabe des Freistaats Thüringen.

Was tut die Landesregierung gegen zweierlei Recht?

„Auf der einen Seite finanziert das Land und damit der Steuerzahler diese übertragene Aufgabe, auf der anderen Seite beraubt der private Träger Beschäftigte ihrer Arbeitnehmerrechte. Man darf doch nicht Staatsgeld nehmen und gleichzeitig Mitarbeitern gesetzlich garantierte Rechte entziehen! Hier ist auch die Verfassung tangiert“, so Bodo Ramelow. Der LINKE-Politiker hat sich jetzt mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Es soll klargestellt werden, was die Landesregierung gegen zweierlei Recht für Mitarbeiter tut. Die Linksfraktion wird aktiv Uwe Schenke und alle vergleichbaren Arbeitnehmer im Kampf gegen diese Ungerechtigkeit unterstützen. ■

Direkte Demokratie weiter ausbauen

Bodo Ramelow: Hürden für mehr Bürgerbeteiligung müssen aus dem Weg geräumt werden

Der Ausbau der direkten Demokratie, der mit dem erfolgreichen Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ begann, war vor fünf Jahren auf kommunaler Ebene fortgesetzt worden.

Die Verbesserungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, die das Demokratie-Bündnis durchgesetzt hatte (u.a. mit der Senkung der Quoren, der Ausweitung der Beteiligungsrechte auf die Kreisebene) waren ein wichtiger Schritt zur Reform der direk-

freundlichere Beteiligungsrechte trat in Kraft. Das Volksbegehren des Bündnisses für mehr Demokratie in Thüringen hatten mehr als 235.000 Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt. Seit Jahren steht die LINKE an der Seite des Bündnisses für Mehr Demokratie und ist von Beginn an Mitglied im Trägerverein. Vor fünf Jahren hatte die Linksfraktion auch im Parlament maßgeblich daran mitgewirkt, Hürden für mehr Bürgerbeteiligung endlich abzubauen und ein neues Gesetz zu verabschieden.



ten Demokratie in Thüringen. „Aber da ist auch noch viel Luft nach oben“, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, u.a. mit Blick auf die Beteiligungsrechte, die in Bayern gelten. Die in Thüringen vorhandenen Hürden seien immer noch viel zu hoch.

Vor fünf Jahren, am 7. Mai 2009, gab es allen Grund zum Feiern: Das Volksbegehren für „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ war am Ziel und ein Gesetzentwurf für deutlich bürger-

Die Reform der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene hat vor allem auch bei der Nutzung der Bürgerbegehren auf Kreisebene schon zu Erfolgen geführt, so z.B. beim Erhalt einer Grundschule in Stützerbach und mit Blick auf die Abfallentsorgung in kommunaler Hand im Ilmkreis. Wichtig an der Reform ist auch die Ausweitung des Themenkatalogs. So können nun Bürgerinnen und Bürger auch viel weiter gehender über Planungsvorhaben mitentscheiden. Wichtige Punkte im

Sinne der Entwicklung der demokratischen Beteiligungsrechte waren auch die Ausweitung des Bürgerantrags zu einem Einwohnerantrag und die Senkung der Altersgrenze auf 14 Jahre.

Doch auch diese erfolgreiche Reform muss - nicht nur nach Ansicht der LINKE-Fraktion - noch weiter entwickelt werden. „Hier gibt es mindestens zwei wichtige Reformpunkte, die auch langjährige Forderungen des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen sind“, betonte Bodo Ramelow. Zum einen sollen die Kommunalparlamente strittige Fragen im Zuge eines Bürgerentscheids der Bevölkerung vor Ort zur endgültigen Entscheidung vorlegen können (im Zuge eines Ratsbegehrens). Zum anderen müssen die Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene auch über Abgaben und vergleichbare finanziell relevante Fragen abstimmen zu können, noch erheblich ausgeweitet werden. „Für eine reformorientierte Regierung mit der LINKEN stünde dieses Thema weit oben auf der Agenda“, erklärte Bodo Ramelow.

Anlässlich des Thüringer Jubiläums hatte der Fraktionsvorsitzende gegenüber dem MDR auch die Einführung bundesweiter Volksbegehren gefordert und gesagt, Deutschland sei dafür reif. Die Jahrzehntelangen Erfahrungen mit Volksbegehren in Kommunen und Bundesländern zeigten, dass die Bürger sehr verantwortungsbewusst damit umgingen. Der MDR verwies auch auf den Erfurter Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte, Manfred Baldus, der dies ähnlich sehe. ■

Politik und Medien: aufeinander angewiesen

Das Verhältnis von Politikern und Journalisten gilt als höchst diffizil, es handelt sich in jedem Fall um eine Wechselbeziehung. Falk Neubert hat sich in seiner Forschungsarbeit darauf konzentriert und die Bedeutung vor allem der informellen Öffentlichkeitsarbeit von Landespolitikern in Sachsen analysiert.

Unter Verweis auf die Kommunikationsforschung führt Neubert an, dass die Wechselbeziehung zwischen politischen Akteuren und deren Öffentlichkeitsarbeitern auf der einen und Journalisten auf der anderen Seite nicht grundsätzlich von einem Interessengegensatz geprägt sein müsse.

Er vergleicht sie stattdessen mit Branchen, die jeweils auf die Zulieferungen des anderen angewiesen seien. Als formalisierte und institutionalisierte Formen der politischen Öffentlichkeitsarbeit (PR) benennt Neubert dabei Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Interviews, zur informellen PR

zählt er Telefongespräche und die persönliche Kommunikation. Sie seien bisher bei den wissenschaftlichen Methoden „durch das Raster (...) gefallen“.

Neubert ist Soziologe und Kommunikationswissenschaftler, seit 1999 gehört der dem Sächsischen Landtag an, als medienpolitischer Sprecher der dortigen Linksfraktion ist er u.a. Mitglied im MDR-Rundfunkrat.

Vorangestellt hat er seinem Buch einen zugespitzten Satz des Journalisten Jürgen Kochinke (Landesredakteur der Leipziger Volkszeitung): „Ob ich nun 15 oder 35 für mich uninteressante Pressemitteilungen am Tag lösche, spielt für mich kaum eine Rolle.“ Er fällt im ersten von zwei längeren Interviews, die Neubert mit je einem Journalisten einer Tageszeitung und einer Nachrichtagentur geführt hat.

Grundlegende Methoden seiner Untersuchung sind Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln und die Befragung von deren Autoren mit einem kodierten Fragebogen. Das Zitat stellt eine Art

Hinweis auf ein erstaunliches Ergebnis der Studie dar: Formen der informellen Kommunikation waren für das Entstehen von Zeitungsartikeln mit 61 Prozent deutlich relevanter als die der institutionalisierten Öffentlichkeitsarbeit.

Sollen Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter also nur noch mit Journalisten telefonieren und sich Pressemitteilungen sparen? Nein, denn ganz anders sieht es bei den Nachrichtengeneratoren (also Gatekeepern für Nachrichten!) aus: hier bildeten bei 75 Prozent die institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit die Anregung für das Entstehen einer Meldung, und hier vor allem Pressemitteilungen.

S. Wogawa

Falk Neubert: *Die informelle Öffentlichkeitsarbeit und ihre Bedeutung für die Nachrichtengenerierung (Medienwissenschaften, Bd. 28), Tectum Verlag Marburg 2014, 156 S. 24,95 EUR, ISBN 9783828833142* ■

DAS THEMA

Veränderungen für ein faires Thüringen

Anregungen von der Kommunaltour der Linksfraktion in allen Regionen des Freistaates

Die Sorgen und Nöte Thüringer Städte und Gemeinden standen im Mittelpunkt einer gut einwöchigen Kommunaltour der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Dabei wurden in allen Regionen des Freistaates Vor-Ort-Besuche absolviert. Begleitet und unterstützt wurde die Fraktion dabei durch das Mitglied des Europäischen Parlamentes Gabi Zimmer.

Bei den Gesprächen, Besichtigungen und Diskussionen ging es immer wieder um die prekäre Finanzausstattung der Kommunen in Thüringen, um Fragen der Funktional- und Verwaltungsreform, um die Entwicklungen des Gemeindefinanzrechts, die Situation auf dem Wohnungsmarkt, den Stand der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2013 und weitere Themen.

Station 1: Weimarer Land

Die chronisch leeren Kassen der Stadt Blankenhain waren Hauptthema beim Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt, Klaus Dieter Kellner (SPD). Beim Treffen mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Blankenhainer Tafel gab es zahlreiche Informationen über das engagierte Wirken für sozial Benachteiligte.

Die Erfahrungen beim Aufbau einer Energiegenossenschaft und die Aus-

wirkungen der reduzierten Förderung erneuerbarer Energien bildeten den Schwerpunkt beim Besuch in Rittersdorf.

Station 3: Suhl

Das von der Suhler Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld (DIE LINKE) vor acht Jahren ins Leben gerufene Erwerbslosenfrühstück bildete den Auftakt in Suhl. Bodo Ramelow erläuterte vor gut 30 Teilnehmern seine Ideen für Veränderungen für ein faires Thüringen. Stadtentwicklung und Wohnen waren im Anschluss Themen beim städtischen Wohnungsunternehmen GeWo. Hinzu kam eine Besichtigung der Deponie Goldlauter.

Der Abgeordnete Maik Nothnagel

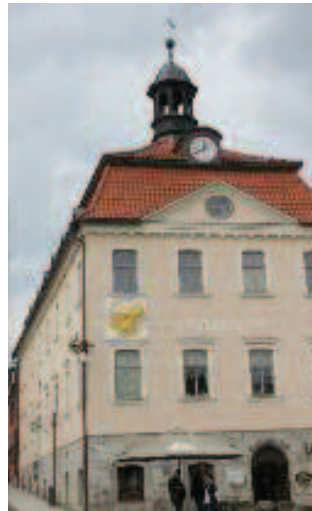


Mittelpunkt. Michael Wittig, Vorstandsvorsitzender der Agrargenossenschaft Niederpöllnitz, schilderte Gabi Zimmer seine Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung von EU-Förderprogrammen. Den Abschluss des Tages bildete ein Treffen mit der Bürgerinitiative Umgehungsstraße Großbebersdorf. Ein Projekt, welches seit Jahrzehnten auf der Agenda steht, aber niemals praktisch realisiert wurde.

he von 40 Millionen Euro. Elf Millionen Euro sind in diesem Zusammenhang für dringend erforderliche Brandschutzmaßnahmen erforderlich. Das Projekt „Lernen vor Ort im Kyffhäuserkreis“ präsentierte seine Ideen und Vorstellungen von Bildungsberatung, Bildungsbeteiligung, Bildungsmonitoring und der Gestaltung von Bildungsübergängen.

Die Zunahme von Fällen bei der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des Vereins Starthilfe e.V. und

Station 5: Kyffhäuserkreis



Station 2: Gotha

Zum Auftakt erläuterten der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow, und die Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, Gabi Zimmer, in einem Pressegespräch Ziele und Inhalte der Tour.

Vorgestellt wurde zudem ein Leitfa-den „Europa und Kommunen“. Das Netzwerk „KommPottPora“ informierte anschließend über seine Arbeit und die Entwicklungen im Schwerpunktgebiet Gotha West, in dem jeder fünfte Einwohner der Stadt wohnt. Dem in diesem Gebiet verankerten multikulturellen Zentrum der Stadt und Land-

konnte sich bei der Außenwohnstätte der Behindertenwerkstatt Suhl ein Bild über den Stand von Inklusion in der Stadt machen. Den Abschluss des Tages bildete eine Bilanzveranstaltung der Suhler Ratsfraktion der LINKEN.

Station 4: Landkreis Greiz

Zeulenroda parteiloser Bürgermeister Dieter Weinlich empfing die Besucher unter Leitung von Gabi Zimmer im Rathaus der Stadt und erläuterte das Tourismuskonzept im Zusammenhang mit der seit 2012 für den Tourismus frei gegebenen Talsperre Zeulenroda.

Beim Talsperrenbesuch standen im Gespräch mit der Bürgerinitiative „Talsperre Zeulenroda – natürlich und barrierefrei“ insbesondere Fragen des Natur- und Umweltschutzes im Zuge des touristischen Ausbaus der Region im



Auf die Dringlichkeit eines Schulsanierungsprogramms des Freistaates wies die Landrätin des Kyffhäuserkreises, Antje Hochwind (SPD), beim Treffen mit der linken Abordnung in Sonderhausen hin. Allein in ihrem Kreis gebe es einen Sanierungsbedarf in Hö-

die zu geringe finanzielle Ausstattung, um dieser Zunahme Rechnung zu tragen, waren Schwerpunkte beim dortigen Besuch.

Bei den vielen Besuchen und Gesprächen im Rahmen der Kommunaltour haben die Abgeordneten der LINKEN

eine Vielzahl von Arbeitsaufträgen mit auf den Weg bekommen, die es nunmehr in den nächsten Wochen und Monaten abzarbeiten gilt.

Text und Fotos: Matthias Gärtner

Aktionsplan Inklusion

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai hatte Bodo Ramelow erklärt: „Fünf Jahre nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland werden Menschen mit Behinderung leider noch immer ausgegrenzt, ihre Bedürfnisse als Randerscheinungen behandelt und ihre Verbände und Vereine hingehalten. Die von der Koalition versprochenen Fortschritte sind weitgehend ausgeblieben.“

Der Fraktionsvorsitzende verwies auf die zwar im Koalitionsvertrag angekündigte, aber fünf Jahre später nicht realisierte Novelle des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes.

„Das Gesetz wartet weiterhin auf eine ernsthafte und dringend notwendige Überarbeitung, die vor allem den inklusiven Gedanken der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärkt. Hier ist das Thüringer Sozialministerium keinen Schritt vorangekommen. Beim Blindengeld hält Thüringen noch immer die rote Laterne, von der Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes sind wir weit entfernt und bei der inklusiven Beschulung wirkt die Landesregierung schlicht hilflos. In all diesen Bereichen gab es in den vergangenen Jahren wiederholte Vorstöße meiner Fraktion, die jedoch zum Nachteil der Betroffenen weggebügelt wurden.“

Aus Sicht des LINKE-Politikers ist es dringend erforderlich, entschiedene Schritte zu gehen: „Thüringen muss den Aktionsplan Inklusion umsetzen und ihn zusammen mit allen Beteilig-

ten und vor allem den Betroffenen selbst weiterentwickeln und fortlaufend evaluieren. Wir brauchen auch das Budget für Arbeit, um Menschen mit Behinderungen eine dauerhafte Brücke in den Arbeitsmarkt zu bauen. Dafür sind die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Gleichberechtigte gesellschaftli-



Erst zu Jahresbeginn hatte die LINKE in ihrer Fraktions-Galerie die Ausstellung mit Cartoons von Phil Hubbe „Mit Behinderungen ist zu rechnen“ gezeigt.

che Teilhabe muss für alle Menschen gewährleistet werden.“

Seine volle Unterstützung für die Demonstration in Berlin am 5. Mai unter dem Motto „Ohne Bundesteilhabegesetz keine Inklusion“ hatte Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt. Die Reaktionen Thüringer Bundestagsabgeordneter im Rahmen einer Postkartenaktion zum Teilhabegesetz hätten gezeigt, dass der Wille für ein Bundesteilhabegesetz

in der Koalition sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. „Für CDU-Abgeordnete scheint ein solches Gesetz nicht vor Ende der laufenden Legislatur spruchreif zu sein, auch wenn es im Koalitionsvertrag verankert ist“, kritisierte Maik Nothnagel. Die berechtigte Forderung der Menschen mit Behinderung nicht nur am Europäischen Protesttag laute deshalb, ein Bundesteilhabegesetz jetzt zu verabschieden, nicht irgendetwas, und bedarfsgerecht, einkommens- und vermögensunabhängig und nicht irgendwie.

Umfassende Teilhabe am Leben

„Ein weiteres Hinausschieben bedeutet, Behinderung macht weiter arm. Behinderung ist bekanntlich ein großes Armutsrisiko. Ist man in Folge einer Behinderung auf Assistenzleistungen angewiesen, ist die Armut für viele Menschen in der Regel vorprogrammiert. Ein Leben lang. Auch Lebenspartner und nahe Angehörige sind mitbetroffen. Selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sind aber mit einem ‚Existenzminimum‘ plus ‚Schonvermögen‘ nicht möglich. Deshalb ist ein bedarfsgerechtes sowie einkommens- und vermögensunabhängiges Bundesteilhabeleistungsgesetz dringend notwendig. Nur so können wir in Deutschland die Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben sind, verwirklichen“, so Maik Nothnagel.

Auch die Thüringer Landesregierung müsse endlich die Umsetzung der UN-Konvention in Angriff nehmen. Bis heute gibt es in Thüringen kein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, welches den Anforderungen der UN-Konvention gerecht wird. Bisher blieb es leider nur bei Ankündigungen und Beruhigungen.

Es ist Zeit, dass sich die Thüringer Landesregierung ihrer Verantwortung für Menschen mit Behinderungen endlich bewusst wird. Das gilt auch für den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention. Zwei Jahre nach seiner Verabschiedung sollten seine Wirkung analysiert und die 285 Einzelmaßnahmen überprüft bzw. überarbeitet werden.

Durchsichtiger Rechenrick

Der haushaltspolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Mike Huster, kritisierte die Äußerung des Thüringer Finanzministers, Dr. Wolfgang Voß (CDU), zur Schulsanierung als „durchsichtigen Rechenrick“. Voß hatte am 5. Mai angekündigt, ab komendem Jahr zusätzlich 25 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen in Thüringen zur Verfügung zu stellen. „Erst Geld wegnehmen und dann kurz vor Wahlen wieder etwas dazugeben, das konnte die CDU schon immer“, kommentierte dies der LINKE-Politiker.

Die Landesregierung hatte mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 die Investitionspauschale für Schulgebäude erst von 22,2 Millionen auf 15 Millionen Euro gekürzt. DIE LINKE hatte dies bereits bei der Haushaltsaufstellung kritisiert und vorgeschlagen, zusätzliche 15 Millionen Euro jährlich in die Sanierung von Schulen und Schulsporthallen zu investieren. Als Dekkung wurden damals die zu hoch veranschlagten Zinsausgaben vorgeschlagen. „Wenn Dr. Voß nun meint, dass für Schulinvestitionen mehr Geld benötigt wird und man die ersparten Zinsen einsetzen könne, kann das nur mit bevorstehenden Wahlen zu tun haben. Oder

anders gesagt: LINKS wirkt!“, so Mike Huster. Für DIE LINKE stelle sich im Übrigen die Frage, wieso die von Dr. Voß angekündigten „insgesamt 25 Millionen“ erst ab 2015, also nach der Landtagswahl, eingeplant werden sollen. Der Abgeordnete erinnerte daran, dass seine Fraktion im Zusammenhang mit dem Jahresüberschuss 2013 erneut umfassende Vorschläge unterbreitet hat. „Wir schlagen vor, die rund 50 Millionen Euro, die der Finanzminister zur außerplanmäßigen Tilgung eines Sondervermögens einsetzen will, stattdessen gesetzlich für ein Programm zur Sanierung von Schulen, Schulsporthallen und Kultureinrichtungen zu sichern. Und das geht noch vor der Landtagswahl.“

Die Linksfraktion fordert auch ein klares Signal von der Landesregierung, im Zuge der Schulsanierung für Barrierefreiheit zu sorgen. „Diese wird allzu oft aus dem Blick verloren“, kritisiert der Sprecher für Inklusion, Maik Nothnagel. „Wenn auch Barrierefreiheit nicht die einzige Voraussetzung für ein inklusives Bildungswesen ist, so ist sie doch eine wesentliche, die insbesondere bei der Schulsanierung größere Beachtung finden muss.“

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Merkel beim Gemüse

Es kursierten sehr unterschiedliche Meldungen bei Twitter, den USA-Besuch Angela Merkels betreffend. Peter Baker, Chefkorrespondent der New York Times im Weißen Haus, zitierte beim Kurznachrichtendienst nonchalant US-Präsident Obama. Der habe, vis-à-vis der Kanzlerin, geäußert: „wir sind noch nicht perfekt ausgerichtet“ hinsichtlich dieser ganzen Geheimdienstlinge, teilen aber ähnliche Werte. Was für ein lustiger Kerl, der Obama! „Nicht perfekt ausgerichtet“ – aber was will er angesichts der weltweit flächendeckenden Spitzeleien seiner NSA auch sagen, außer solchen Scherzchen? Unter „ähnlich“ kann sich ohnehin jeder und jede vorstellen, was er oder sie möchte...

ARD-Korrespondent Ingo Zamperoni zeigte sich dagegen demütig-verständnisvoller und meinte, folgenden Obama-Satz twittern zu müssen: „Deutsche sind nicht Zielscheibe unserer Geheimdienste, aber Anti-Terror-Kampf verlangt auch bestimmte Möglichkeiten.“ Der erste Teil entbehrt zwar jeglicher Logik, es sei denn, Freund Zamperoni hat das letzte Jahr ganz, ganz weit weg verbracht, und mit dem zweiten lässt sich wirklich jede Schweinerei begründen. Bleibt die Erkenntnis, dass man sich bei der ARD offenbar schon lange nicht mehr um den eigenen Ruf schert. Apropos Ruf. Seinem und dem seiner Chefin vollauf gerecht wurde erneut Regierungssprecher Steffen Seibert. Bekannt ist (selbst Merkel!), dass ihr eigenes Handy von der NSA abgehört worden war. Im Oktober 2013 hat man ihr Einblicke in ihre NSA-Akte verweigert. Oder wie Seibert jetzt schrieb: „Washington: Präsident Obama zeigt Kanzlerin #Merkel am Rande der Gespräche den Gemüsegarten des Weißen Hauses.“ Besser hätte man die beiderseitigen Schwerpunktsetzungen bei diesem Besuch wohl nicht zusammenfassen können.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandene Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.